

**BDI**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**Presse und
Öffentlichkeitsarbeit**

Gemeinsame Pressemitteilung

G20-Staaten sollen Bepreisung von CO₂ beschließen

- G20-Staaten als Treiber für globale Umsetzung des Pariser Klimaabkommens
- Erfolgreicher Klimaschutz braucht wirksame CO₂-Bepreisung
- Gemeinsamer Vorstoß von Industrieverband, Umweltorganisation und Forschungsinstitut

Seite
1 von 2

01. September 2016

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Germanwatch und das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) fordern die G20-Länder auf, globalen Klimaschutz, orientiert an den Klimazielen des Pariser Abkommens, mit einer Initiative für ein starkes Preissignal für CO₂ voranzutreiben. Vor Bekanntwerden der Agenda für die im Dezember beginnende deutsche G20-Präsidentschaft will die ungewöhnliche Allianz aus Wirtschaftsverband, Umweltorganisation und Forschungsinstitut so ambitionierten Klimaschutz, Planungssicherheit, fairen Wettbewerb und notwendige Investitionen befördern.

Holger Lösch, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, erklärt mit Blick auf die deutsche G20-Präsidentschaft, die wenige Monate nach dem am Sonntag beginnenden G20-Gipfel in China den Staffelstab übernehmen wird: „Wir hoffen, dass es der Bundesregierung gelingt, die Einführung – und auf mittlere bis längere Frist die schrittweise Anhebung – von abgestimmten CO₂-Preisen in der G20 auf die Agenda zu setzen. Mit einem international abgestimmten Preissignal können Wettbewerbsverzerrungen zwischen den größten Wettbewerbern verhindert werden.“

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu
E-Mail
Presse@bdi.eu

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, erläutert: „Deutschland und die anderen großen Volkswirtschaften würden mit wirksamen und allmählich steigenden Preisen an Verbraucher und Investoren ein klares Signal senden, dass sie die Pariser Klimaschutzziele wirkungsvoll umsetzen wollen. Ein Bepreisungssignal fehlt bisher im internationalen Instrumentenmix. Auch wenn die drei Mitglieder unserer Allianz bei der darüber hinaus notwendigen Klimapolitik nicht immer einer Meinung sind, so sind wir uns bei dieser wichtigen Forderung einig. Die CO₂-Bepreisung sollte begleitet werden vom Abbau der fossilen Subventionen.“ Die G20-Staaten sind für etwa 75 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich und erwirtschaften mehr als 80 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Damit spielen sie für die Umsetzung der ambitionierten Paris-Ziele die entscheidende Rolle.

Gelänge es, innerhalb der G20 einen CO₂-Mindestpreis abzustimmen, der absehbar zunächst zwischen Industrie- und Schwellenländern differenziert würde, könnten Wettbewerbsnachteile für einzelne Länder und Industrien vermieden werden. „Außerdem ist CO₂-Bepreisung ein starker Motor für technische Innovationen und sie bringt den Regierungen wichtige Einnahmen, die sie in Investitionen für eine CO₂-arme und an den Klimawandel angepasste Infrastruktur stecken können. Damit können gleichzeitig die neuen Globalen Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen vorangebracht und Strukturwandelprozesse hin zu emissionsärmerem Wirtschaften optimieren werden. Umsetzen könnten die Staaten die Bepreisung durch einen funktionierenden Emissionshandel oder CO₂-Abgaben“, so Ottmar Edenhofer, Direktor des Mercator-Instituts MCC.